BUND Kreisgruppe Braunschweig
Schunterstraße 17
38106 Braunschweig
Tel. 0531-15599
info@bund-bs.de
https://braunschweig.bund.net/

27.08.2025

Stellungnahme zum Entwurf des Abfallwirtschaftskonzepts der Stadt Braunschweig (Fortschreibung 2026-2030)

Der BUND Braunschweig nimmt wie folgt Stellung zum Entwurf des Abfallwirtschaftskonzepts:

Wir unterstützen ausdrücklich den Ansatz, auch im Bereich innerhalb des Wallrings flächendeckend Biotonnen verpflichtend zu machen. Bei guter Nutzung sollte es angesichts des hohen Anteils in der Restmüllfraktion möglich sein, Restmülltonnen einzusparen und dementsprechend Platz für Biotonnen zu schaffen.

Außerdem schlagen wir vor, auch Restmülltonnen ähnlich wie Biotonnen mit hoher Fehlwurfquote nicht zu leeren, wenn ein bestimmter Anteil an Fremdbestandteilen überschritten ist.

Alternativ könnte eine Strafgebühr erhoben werden. Da bereits ein hoher Aufwand betrieben wurde, die Anwohner zu sensibilisieren, erscheinen finanzielle Auswirkungen zielführender.

Wichtig ist auch die Erhöhung der Sammelmenge des PPK-Anteils, der bisher im Restmüll entsorgt wird. Insbesondere in den problematischen Stadtteilen sollten zusätzliche Papiertonnen direkt an den Hausmüllsammelplätzen aufgestellt werden. Ein Anreiz, diese auch zu benutzen, könnte in der finanziellen Entlastung der Einzelhaushalte durch Einsparung von Restmülltonnen bestehen. Dies sollte mit entsprechenden Berechnungen kommuniziert werden. „Müllpaten“ in den jeweiligen Wohnanlagen könnten für die direkte Ansprache sorgen.

Das Holz, das in der Sperrmüllvorschaltanlage aussortiert wird, und das direkt angelieferte Holz sollte soweit wie möglich stofflich verwertet werden, z. B. für Holzbausteine (s. Edeka-Neubau in Lamme) für den innovativen Neubau. Dafür sollte es von nicht weiter verwertbaren Holzfraktionen getrennt gelagert und entsprechende Vertriebswege aufgebaut werden.

Um die Recyclingquote bis 2035 auf die EU-Quote von 65 % zu erhöhen, wird im Konzept vorgeschlagen, alle Grünabfälle aus städtischen Herkunftsbereichen zu den kommunalen Siedlungsabfällen zu zählen statt anteilig zu Gewerbeabfällen. Dies ergibt de facto keine Verbesserung, sondern dient einzig formal zu Erfüllung der Quote.

Da laut Aussage des AWIKO zukünftig mehr Kompost zum Ersatz von Torf nötig ist, schlagen wir vor, städtische Flächen grundsätzlich nicht mehr zu schlegeln oder als Scherrasen zu behandeln, sondern zu mähen und das Mähgut zu verwerten. Hierfür kommen die Vergärung und Kompostierung infrage.

Aus dieser geänderten Pflege von Grünflächen ergäbe sich ein Doppelnutzen:

1. Die bessere Verwertung von energetisch und stofflich wertvollem Grünschnitt und

2. ein Nutzen für die Biodiversität, da geschlegelte Flächen durch Nährstoffanreicherung und die sich ansammelnde Mulchschicht an blühenden Pflanzenarten und in der Folgen an Insektenarten verarmen.

Ein entscheidender Aspekt ist nach wie vor die Müllvermeidung, auch wenn bereits einige Fortschritte erzielt wurden. Z. B. sollte über eine Einwegabgabe in der Gastronomie nachgedacht werden.

Um möglichst viele Einwohner zu erreichen, regen wir an, in den Schulen, insbesondere in den Problemstadtteilen, den Erwerb von „Müllabzeichen“ zur Mülltrennung und Müllvermeidung im Sachunterricht oder in weiterführenden Schulen in Gesellschaftskunde-Fächern anzubieten.